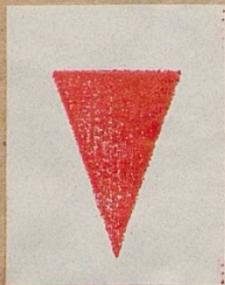


Die arbeitende Jugend und die Reichstagswahlen.



herausgegeben vom
Zentralkomitee der
Unabhängigen Soz.
Partei Deutschlands.

80

40957



38/80/40957/4



Masterfiche
vorhanden

Flu

Die Jugend und das politische Leben.

Noch garnicht so ferne liegt die Zeit, da der bürgerliche Grundsatz Geltung hatte: das weibliche Geschlecht und die Jugend haben sich mit politischen Fragen nicht zu beschäftigen. Politik, d. h. die Gestaltung der Dinge im Reiche, in den Bundesstaaten oder in den Gemeinden, war das ausschließliche Betätigungsfeld der Männer und es war verhältnismäßig selten, daß Frauen in den politischen Parteien in den Vordergrund traten. Der Wirkungskreis der Frau waren die vier Wände ihres Haushaltes, wenn sie nicht gezwungen war, durch Erwerbsarbeit (Fabrikarbeit, Austrägerdienste, Reinnacharbeit usw.) zum Unterhalt der Familie beizutragen. Viel weniger aber noch wie bei den Frauen, wollte man bei der Jugend das Recht und die Pflicht der Anteilnahme am politischen Leben anerkennen. Mit der abgegriffenen Redensart von der „naheweisen und vorlauten Jugend“, die alles besser wissen wolle wie die erfahrenen Alten, glaubte man die politischen Regungen unter der Jugend, ihr Streben nach Beteiligung am politischen Kampfe, abtun zu müssen.

Das ist nicht nur im Laufe der Zeit anders geworden, es mußte sich einfach ändern. Je mehr die Jugend mit dem Wirtschaftsleben in Berührung kommt, und das ist in erster Linie bei der Arbeiterjugend der Fall, umso näher kommt sie auch den Quellen, aus denen alles politische Leben fließt. Das Wirtschaftsleben ist der Ort, wo der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmertum und Proletariat entbrennt. Und wer in diesem Wirtschaftsleben mitten drin steht und zwei Augen zu sehen und zwei Ohren zu hören hat, der hat bald erkannt, daß die menschliche Gesellschaft sich nicht aus gleichberechtigten Einzelgliedern, sondern

aus wirtschaftlich Freien und Unfreien, aus Ausbeutern und Ausgebeuteten zusammensetzt.

Auch die erwerbstätige Jugend, die gleich nach ihrer Schulentlassung dank der schlechten Lage der Arbeiterfamilie ins Wirtschaftsleben hinausgehen muß, sieht dies alles. Sie erkennt nicht nur, sondern spürt es täglich am eigenen Leibe, daß das Interesse des Kapitals darauf hinausläuft, die Arbeitskraft des Proletariats für einen möglichst niedrigen Lohn möglichst lange auszunutzen, um daraus einen turcklichst großen Gewinn zu ziehen. Und daß auf der anderen Seite die Arbeiter mit vollem Recht fordern, daß man ihnen bei einer angemessenen Arbeitsdauer und bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen einen ausreichenden Lohn gibt, mit dem man wenigstens die größten Sorgen des Arbeiterlebens bannen kann.

Damit aber nicht genug, kommt es der heutigen Jugend frühzeitig zum Bewußtsein, daß jene Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur durch schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe zum Austrag gebracht werden können. Das Unternehmertum sowohl wie die Arbeiterschaft hat sich zu diesem Zwecke zusammengeschlossen und in großen wirtschaftlichen und politischen Vereinigungen organisiert, denn alleinstehend ist der Einzelne nichts — verbunden mit vielen anderen aber wachsen seine Kräfte. Und in dem Bewußtsein, daß sie nur geschlossen die Befreiung aus dem Joch der geistigen und wirtschaftlichen Unterdrückung erreichen wird, hat sich die Arbeiterschaft auf dem politischen Gebiet zur Partei, auf wirtschaftlichem Gebiet zu Gewerkschaften vereinigt. Das sind die Kampforganisationen der Arbeiterklasse, die danach trachten, mehr oder minder Einfluß auf die Gestaltung der politischen Dinge im Staate und in der Gemeinde zu gewinnen.

Ob die Jugendlichen nun in der Fabrik, auf Lagerplätzen, auf Kontoren und Büros oder sonstwo berufstätig sind — sie werden immer auf das Bestehen der Klassengegensätze und auf den Kampf der Gesellschaftsklassen gegeneinander hingewiesen werden. Ja, die bitteren Tatsachen zwingen sie sogar zu einer Stellungnahme in diesem Kampfe. Wenn

die Jugendlichen Kinder von Proletariereltern sind, so sind sie von vornherein auf die Schattenseite des Lebens gestellt, dann beginnt nicht selten ihr Leben in Not und Glend. Und ihr Schicksal ist weiterhin, daß sie mit dem Zeitpunkt der Schulentlassung in das große Heer ihrer wirtschaftlich unterdrückten, erwachsenen Klassengenossen eintreten. Mit diesen teilen sie also das gleiche Los und die gleiche Not. In demselben Maße wie die Jugend ins Wirtschaftsleben hineingedrängt wird, wird sie auch dazu getrieben, in den politischen und wirtschaftlichen Kampf einzugreifen, wenn sie nicht der Arbeiterschaft in den Rücken fallen oder als Uninteressierte beiseite stehen und die Sache der Arbeiterbewegung schädigen will.

Jugend und politische Wahlen.

Jeder Jugendliche muß sich klar geworden sein, in welchem Sinne er von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen hat. Es genügt keineswegs, daß er auf der Arbeitsstelle oder im Kreise der Familie gelegentlich ein sich um politische Fragen drehendes Gespräch anhört und sich dann ein Urteil zu bilden versucht. O nein, heutzutage ist die Politik recht vielgestaltig und weitgreifend, sodaß man schon ein wenig Ernst und Interesse aufbringen muß, wenn man nicht als indifferenter, unwissender Mensch dastehen will. Als politisch Regsamer darf man zunächst auf keinen Fall an der Oberfläche herumplätschern. Wer sich an politischen Phrasen und Schlagworten berauscht, und den Dingen nicht tiefer auf den Grund geht, der betrügt sich selbst! Seine Wahl fällt dann nicht nach seiner inneren Ueberzeugung, nach seiner eigenen politischen Ansicht, sondern nach der Stärke des Einflusses anderer Menschen auf ihn, aus. Solche Wähler nennt man Stimmvieh. Solche politischen Hanswürste wollt ihr doch gewiß nicht sein?

Weil ihr aber kein Stimmvieh, sondern aus eigener Ueberzeugung handelnde Menschen sein wollt, darum besucht

rege die von der U. S. V. D. einberufenen Wahlversammlungen. Alle die vielen Lügen, Entstellungen und Verdrehungen, die von mancher Seite gegen diese Partei ausgestreut werden, finden hier ihre Widerlegung und werden entlarvt als das, was sie tatsächlich sind; ein schockierender Kampf gegen eine große und mächtige Bewegung, der alle Gegner gemeinsam keinen Abbruch zu tun vermögen. Des weiteren gewinnt ihr in den politischen Versammlungen ein Bild von dem, was die Ziele und Aufgaben unserer Partei sind. Ueberzeugt und entschlossen werdet ihr dann später der Fahne dieser Partei folgen und ihren Kandidaten bei der Wahl die Stimme geben.

Die Jugend hat also die Pflicht, die Zeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sondern sich rechtzeitig auf die Wahlen vorzubereiten, so daß diese eine gewappnete, aufgeklärte Jugend vorfinden.

Auf dich, junge Arbeiterin, kommt es an!

Allein aus dem einen Grunde müßte jedes wahlberechtigte Mädchen bei den Wahlen seine Stimme für den Sozialismus in die Wagschale werfen: es waren Sozialisten, die dem weiblichen Geschlecht das Wahlrecht erkämpften. Dem Sozialismus als der Bewegung des gesellschaftlichen Fortschrittes muß sich jedes Mädchen anschließen, das die Not der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft beseitigen helfen will.

Und diese Not ist groß! Jugendliche Arbeiterin, schau um dich, blicke auf die Verhältnisse des Arbeiterhaushaltes, betrachte deine mangelhafte Schulbildung und denke daran, wie die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft dich zwingt, irgend einen Broterwerb zu ergreifen, um so für den Unterhalt in der Familie mitzuarbeiten! Du wirst finden, daß dieses Los des Arbeitermädchens nicht gerade beneidenswert genannt werden kann, wenn man es demjenigen einer sogenannten „höheren Tochter“ gegenüberhält, die nicht aus Proletariereisen herkommt, sondern in ange-

nehmer und leichter Beschäftigung die Tage ihrer Jugend verbringen kann. Dich aber zwingt das Leben gleich nach der Schulentlassung hinaus in die Erwerbsarbeit. Zahllose Mädchen bevölkern die Fabriksäle, sind auf Lagerplätzen, in Kontoren und Schreibstuben oder als Hausangestellte beschäftigt. Und da bekommen sie die Ausbeutung seitens des Unternehmertums zu spüren! Die Erwerbsarbeit des weiblichen Geschlechtes wird an sich schon geringer bewertet und entlohnt wie die der Männer, obgleich Frauen und Mädchen nicht nur daselbe, sondern vielfach noch mehr wie jene leisten müssen. Nicht war, diese Ungerechtigkeit verdient es, daß sich dagegen alle Frauen und Mädchen zusammenschließen! Du wirst aber auch sonst finden, daß man im Wirtschaftsleben nicht sonderlich Rücksicht nimmt auf den empfindsamen Körper des Mädchens und der Frau. In giftigen Dämpfen, in dunstgeschwängelter Luft und an gefährlichen Maschinen muß das weibliche Geschlecht arbeiten. Man fragt auch nicht danach, ob die Mädchen und Frauen allzugroße Ueberanstrengungen ertragen können. Wer zu schwach und nicht widerstandsfähig genug ist, um allen Anforderungen gerecht zu werden, nun, der kommt im Kampf ums Dasein ganz unerbittlich unter die Räder . . . Das ist die „Moral“ unserer kapitalistischen Zeit.

Jugendliche Arbeiterin, entsinnst du dich noch der Kriegszeit, als du aus Gründen des Broterwerbs gezwungen warst, Mordwerkzeuge herzustellen, mit denen sich die Völker auf Geheiß der herrschenden Klassen niedermachen mußten? Wie hat man dich damals bei karger Entlohnung und kläglicher Ernährung bis aufs Blut ausgefogen, hat die Gesundheit deines jugendfrischen, nach Freude und Schönheit verlangenden Körpers untergraben und deinen Geist in unerträgliche Fesseln gespannt! Das alles kannst du nicht vergessen haben und wirst es auch nie vergessen. Entsinnst du dich auch noch, wie deine Freundin, deine Arbeitskameradin ein Opfer der Munitionsherstellung wurde, als in der Pulverfabrik das Explosionsunglück passierte — wie deine Kolleginnen sich bei den giftigen Dämpfen Gesicht und Hände

verbrannten? Das Elend des viereinhalbjährigen Krieges ersteht vor deinem geistigen Auge. In diesem namenlosen Elend fanden sich die bürgerlichen Parteien immer wieder zusammen, wenn es um die Verlängerung des Krieges ging. Milliarden von Kriegskrediten, die jetzt aufgebracht werden sollen und für die die Zinsen durch alle möglichen und unmöglichen Steuern eingetrieben werden, haben die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages in Gemeinschaft mit den Mehrheitssozialisten einer dem Untergange geweihten Militär- und Gewaltregierung bewilligt. Das deutsche Volk keucht unter der Last des verlorenen Krieges und muß die Suppe auslöffeln, die ihm die damaligen Machthaber um Wilhelm II und von Geldsacks Gnaden auffüllten. Auch du wirst zur Steuerzahlung in verhältnismäßig hohem Maße herangezogen, auch du wirst zur Abtragung einer Schuldenlast verpflichtet, die du nicht gewollt hast. Man wird dir Abzüge von deinem ja schon recht kargen Lohn machen und durch Verbrauchssteuern den Kauf der zum Leben erforderlichen Güter ins Ungemessene verteuern.

Eine Partei aber hat es im Reichstage gegeben, die die Mittel für den Völkermord nicht bewilligte, die zwecks schleunigen Abbruches des verhängnisvollen Krieges immer wieder auf die Regierung und die übrigen Parteien eingewirkt hat. Das war die Fraktion der U. S. P. D. Wir sind darum gelästert worden, daß wir dem „Vaterland“ (man denke: dem Vaterland der Kapitalisten) in seiner Not nicht beistanden, sondern daß wir uns planmäßig auf die gar nicht zu umgehende Revolution vorbereiteteten. Die U. S. P. D. hat mit ihrer Auffassung Recht behalten. Wer Gegner des wahnsinnigen Völkermordes ist und wer auch in Zukunft Kriege verhindert wissen möchte, der setzt sich bei den Wahlen dafür ein, daß die Kandidaten der U. S. P. D. mit ausschlaggebender Stärke in die Parlamente ihren Einzug halten können.

Haben nun aber die Frauen und Mädchen noch andere Interessen an den Wahlen, so wird manche Jugendliche fragen? Gewiß, eine große Reihe von wichtigen Fragen spielt dabei

eine Rolle. Es müssen vor allen Dingen Angehörige des weiblichen Geschlechtes in die Parlamente entsandt werden, denn bei mancherlei Angelegenheiten sind einzig und allein, oder wenigstens besonders, die Vertreterinnen der Frauen und Mädchen berufen, Urteile zu fällen. Man denke dabei z. B. an die Gesetzgebung über Mutterchutz, Säuglingschutz, Wöchnerinnenfürsorge, Jugendschutz, Armenwesen und Teile des Schul- und Erziehungswesens. Da ist es von höher Bedeutung, wenn Frauen und Mädchen in den Parlamenten tätig sind, die aus der Arbeiterklasse selbst hervorgingen, die deren Nöte und Sorgen kennen und die auch wissen, wo und wie ihr zu helfen ist. Solche Frauen und Mädchen gehören in die Volksvertretungen, die im Sinne der sozialistischen Arbeiterschaft zu kämpfen verstehen. Die sich nicht von den Anschauungen des Bürgertums beeinflussen lassen, die vielmehr aufrecht und entschlossen die Interessen des Proletariats wahren. Ein lehrreiches Beispiel dafür, daß die Frauen und Mädchen des Arbeiterstandes sich selbst Schaden zufügen, wenn sie keine entschlossenen, konsequenten Vertreterinnen ins Parlament entsenden, bilden die am 16. August 1919 in der Deutschen Nationalversammlung stattgefundenen Verhandlungen über Wochenhilfe. Auf dem Gebiete der Hilfe für Wöchnerinnen hatte der alte Staat so gut wie alles zu tun übrig gelassen. Zu dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über Wochenhilfe stellte die Vertreterin der U.S.-Fraktion, Luise Zieg, mehrere durchaus berechnete und notwendige Verbesserungsanträge, die gerade den Frauen und Mädchen der minderbemittelten Bevölkerungskreise zugute gekommen wären. So wurde beantragt: die Berechtigung der Krankenversicherung auszubehnen auf alle Personen, deren Familieneinkommen Mk. 7000.— nicht übersteigt; eine Schwangerschaftsfürsorge für acht Wochen in der Höhe des Stundlohnes; unentgeltliche Hebammendienste und, wenn nötig, ärztliche Hilfe bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden; ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes für 26 Wochen; obligatorische Familienfürsorge für die Versicherten. Was nun niemand

sür denkbar halten sollte, trat ein: die weiblichen Abgeordneten aller anderen Parteien (einschließlich natürlich der M.S.) sprachen gegen diese Anträge der U.S.-Fraktion und stimmten sie mit ihren Fraktionen nieder! Dabei fand man nur die fadenscheinige Begründung, daß für den weitgehenden Mutterschutz kein Geld vorhanden sei. Auf der anderen Seite aber bewilligte man ohne Federlesens Milltarden für die Errichtung des Neumilitarismus.

Liebe Jugendkameraden!

Nur wenige von euch sind in den Schreckensjahren 1914—1918 aus den Klauen des preußisch-deutschen Militarismus befreit geblieben. Und die Zeit, eure kostbaren Jahre, die ihr beim Kommis gegen euren Willen und vielfach auch gegen jegliche Ueberzeugung zubringen mußtet, weil der Militärstaat euch dazu gezwungen hatte, werden noch in euer aller Erinnerung fortleben. Von dem Augenblick an, als man euch in den grauen Rock steckte, waret ihr Menschen ohne eigenen Willen, waret ihr wesenslose Maschinen, Nummern und gefügige Werkzeuge in der Hand eurer Vorgesetzten, die dazu befugt waren, so gut wie alles mit euch tun zu können. Ihr hörtet auf, freie Menschen zu sein. Man steckte euch in Kasernen oder in schmutzige, von Ungeziefer besetzte Massenquartiere und drückte eure Lebensweise auf das Niveau von Hordentieren herab. Wenn „Dienst“ war, hattet ihr blindlings zu gehorchen, auch wenn es sich um die Ausführung des offenbarsten Humbugs handelte, oder wenn die Vorgesetzten euch aus irgendeinem Anlaß „schleiften“. Welche menschenunwürdigen und schamlosen Szenen sich auf den Kasernenhöfen oder Übungsplätzen abspielten, davon weiß jeder von euch übergenug zu berichten. Als man die Jugend nach ihrer Ausbildungszeit dann ins Feld führte, im Namen und Auftrage der herrschenden Klasse, und sie auf dem Altar des Moloch Kapital opferte, da fanden ihre Leiden die höchste Steigerung. Mit unausgewachsenem Körper mußten sie unglaubliche körperliche Anstrengungen

erdulden und was die Jugend auf den Schlachtfeldern Frankreichs, Belgiens, Rußlands und Polens sah, war alles andere mehr als erziehend und erhebend, war unfählich niederdrückend und verrohend. Die Menschheit versank immer mehr in den Zustand der Vertiertheit. Die Heere, die am besten mordeten, am meisten zerstörten und vernichteten konnten und am schlimmsten wüteten auf Geheiß der Herren vom Geldsack, die da in der Heimat „bis zum letzten Blutstropfen“ (der anderen) kämpfen wollten, waren die Sieger. Und alles ging unter der lügnerischen Parole „Für Kultur, für Aufstieg!“

Jugendkameraden, der Ekel steigt in uns auf, wenn wir an den Beruf des Menschenmörders denken, zu dem man uns ausbildete! Die einen bekamen ein Gewehr; damit konnte man einen französischen oder englischen Menschen nach dem andern erledigen. Die anderen bekamen ein Maschinengewehr, und damit konnten sie die Menschen zugendweise wie die Kornhalme dahinnähen. Die nächsten rüstete man mit Minenwerfern oder Artilleriegeschützen aus — die brachten es fertig, daß ganze Häuser, Erdhöhlen und Unterstände in Schutt und Erde zusammenfielen und hunderte von Soldaten lebendig begruben. Jeder dieser Menschen und Soldaten war ein Sohn, Bruder oder Vater. —

Man faßt sich an den Kopf und fragt: Gab es denn aber Leute, die diesem Wahnsinn ihre Unterstützung liehen? Ja, die bürgerlichen Parteien, die trotz aller Ausschichtslosigkeit den Krieg „gewinnen“ wollten, haben im Reichstag und auch sonst stets die Regierung zur Verlängerung des Krieges angetrieben. Und Arm in Arm mit den Mehrheitssozialisten haben sie die Kriegsführung finanziert. Wie ein mahnendes Gewissen traten fast während des ganzen Krieges die Vertreter der U. S. P. D. in Deutschen Reichstagen auf, lehnten nicht nur die Kriegskredite ab, sondern versuchten fortwährend und energisch die Einstellung des ebenso sinn- und zwecklosen wie grausamen Kriegsabenteuers zu erwirken. Die Genossen Haase, Cohn, Pittmann usw. waren die Stimmen der Menschlichkeit und des Völkerfriedens und wenn sich nicht die U. S. P. D.

auf die unabwendbare, durch die damaligen Verhältnisse bedingte Revolution vorbereitet hätte — es sähe vielleicht heute noch trostloser in Deutschland aus, wie es jetzt leider der Fall ist.

Stimmt bei den Wahlen also für die U. S. P. D., die Gegnerin des Krteges war und mit dazu beigetragen hat, daß nicht auch noch die Jahrgänge 1900—01 usw. auf den Schlachtfeldern geopfert worden sind!

Den schärfsten Kampf führt die U. S. P. D. heute gegen die Reaktion, die Gegenrevolution. Dieselben Kreise, die das Volk in den Krieg trieben und es bluten ließen, und die uns wieder ins alte Joch zurückdrängen möchten, bedrohen auch uns Tugendliche mit einer erneuten Militarisierung. Gelingt es der U. S. P. D., die Angriffe der Gegenrevolutionäre abzuwehren so ist das nicht zuletzt im Interesse der männlichen Jugend gelegen.

Bekanntlich hat die Revolution dem Rätegedanken zum Durchbruch verholfen. Das Räteystem ist das Ausdrucksmittel und zukünftige Herrschaftsinstrument des revolutionären Proletariats; sein endgültiger Sieg über den abgelebten bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus und das durch diesen bedingte Regierungssystem ist nicht mehr fern. Auch die mehrheitssozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung mußte sich vor dem ungestümen Forderung der revolutionären Arbeiter nach den Räten beugen und hat dann ein Gesetz zur Wahl von Betriebsräten vorgelegt, das am 4. Februar 1920 von der Deutschen Nationalversammlung verabschiedet ist. Dieses Gesetz ist nur eine Karrikatur des Räteystems, wie es von der U. S. P. D. angestrebt wird. Aus den Beratungen des Betriebsrätegesetzes interessiert uns Tugendliche u. a. besonders der Werdegang desjenigen Paragraphen, der vom Wahlalter handelt. Der Regierungsentwurf sah vor: Wahlberechtigt sollten alle Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts sein, wenn sie mindestens 20 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Wählbar aber nur die mindestens 24 Jahre alten Arbeitnehmer. Der Block

der die Regierung bildenden Parteien (Mehrheitssozialisten, Demokraten, Zentrum) stimmte diesem zu, er setzte nur das Wahlrechtsalter auf 18 Jahre herab. Die Fraktion der U. S. P. D. beantragte, das Alter für Wahlberechtigung auf 16 Jahre festzusetzen. Wählbar sollte jeder 20 Jahre alte Arbeitnehmer sein, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, die Beschäftigungsdauer im Betrieb und die Zeit der Berufszugehörigkeit. Diese Vorlesungen wurden niedergestimmt! Das ist ein typischer Wesenszug dieser Scheinsozialistischen Regierung: Die Jugend soll zwar im Wirtschaftsleben mit Fleiß und Ausdauer schaffen, soll am Aufbau der Volkswirtschaft zu ihrem Teile beitragen, mit einem Wort: man trägt ihr viele Pflichten auf — aber Rechte der Mitbestimmung gewährt man ihr nur in beschränktem Maße, in reaktionärem Sinne.

Als im Anfang des Jahres 1919 die Jugendlichen zum ersten Male von ihrem Wahrecht Gebrauch machen sollten, hatten sie kaum den grauen Rock ausgezogen. Sie waren garnicht im Klaren über die politische Lage und konnten sich von den Zielen und der Arbeit der Parteien noch keine Vorstellung machen. Jetzt aber sind ihre Augen sehend geworden, jetzt haben sie erkannt, wer auf dem richtigen Wege schreitet. Jetzt hat sich auch herausgestellt, welche Parteien versagt haben, und welche sich bewährten. In diesem Sinne kann die U. S. P. D. an euch Jugendliche herantreten und sagen: prüfet und entscheidet euch!

Wie steht die Jugend zu den politischen Parteien?

Es genügt keineswegs, wenn man aus Anlaß der Wahlen sein Interesse für die Politik bekundet. Politik ist unser ganzes Leben, sie geht an unserer Seite von dem Augenblick an, wo wir in den Kampf ums Dasein eintraten. Und es sind trostlose Menschen, die sich vom politischen Leben fernhalten, die keiner Partei beitreten. Parteinehmen, so lautet das Gebot der Stunde! Entweder ist man mit

den alten gesellschaftlichen Zuständen und den Machtverhältnissen im Staate zufrieden, oder man ist es nicht und dann hat man die Pflicht, für Aenderung und Besserung zu streben. Das jedoch kann der Einzelne nicht alleine, er muß sich mit Gleichgesinnten verbinden und mit seinen ganzen Kräften für die Partei eintreten. Auch für die Jugend geht kein Weg um die politische Organisierung herum.

Die Frage kann nur noch lauten: welcher politischen Partei soll die Jugend sich anschließen? Da aber stehen ihr zwei Wege offen: entweder setzt sie sich für das Alte, Gewesene, Morische ein. Sie mag dann irgend einer der bürgerlichen Parteien beitreten, die den Sozialismus in seiner planmäßigen Durchführung ablehnen und bekämpfen. Die Jugend würde damit in mehr oder weniger starkem Maße Gegner der gesellschaftlichen Revolution werden, von der die Arbeiterklasse einzig und allein ihre entgültige wirtschaftliche und geistige Befreiung zu erhoffen hat. Oder die Jugend tritt in die Reihen der Kämpfer für den Sozialismus ein. Dann wird sie zu Mitstreitern in jener großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, aus der die Arbeit mit der Palme des Siegers hervorgehen muß! Jugend ist Revolution, ist Erhebung gegen das Verbrauchte, Übergebrachte und durch die Zeit längst Ueberholte. In der Jugend lebt das Wesen unserer sozialistischen Kampfbewegung und deren Charakter ist auch der ihrige.

Jugendliche, in diesen Tagen der Revolution geht es um mehr als um Parteikampf! Es geht um die Befreiung der zahlreichsten Klasse der Menschheit, um die Erlösung der bislang stets Unterdrückten. In diesem Kampfe bedarf es nicht hunderter, nicht tausender, nein aller Hände bedarf es. Darum ergeht auch an euch der Ruf: Erwacht aus eurem Gleichmut, gewinnt Interesse am politischen Leben und glühet auf im gewaltigen Streite um Freiheit und Recht! Reicht den erwachsenen Arbeitern, euren Klassengenossen, die Hand, indem ihr euch mit ihnen auf dem Boden der U. S. P. D. vereinigt!

Zur Aufklärung über die U. S. P. D. fügen wir folgenden Auszug aus dem Aktionsprogramm, beschlossen am 5. Dezember 1919, auf dem Leipziger Parteitag, an:

Zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres, Auflösung aller militärischen Bioit- und Polizeiformationen, Einwohnerwehren in Stadt und Land, Technischen Nothilfe, Polizeitruppen, Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Oedland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Oeffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Vollige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik, durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen des Proletariats den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeigen- und Werbewesen und Uebertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Unbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Befreiung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Räteystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Räteystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Räteystems ist, daß die Arbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur auch die

verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft gewalttames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Ueberzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

380/80/40957(4)

X13<8040957400015

x-rite

colorchecker CLASSIC



100mm

16
FREIE UNIVERSITÄT
BERLIN
UNIVERSITÄT

verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft gewalttames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Ueberzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekennen in Wort und Tat zu den Grundätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung

Freie Universität Berlin



380/80/40957(4)

X13<8040957400015